



Pressefreiheit oder Rudeljournalismus

Aufdecken, aufklären, Ja – aber aufhängen?

Abt Wolfgang Hagl vom altherwürdigen Benediktinerkloster Metten sagte unlängst im Zusammenhang mit der Hoeneß-Affäre, bei der „Gnadenlosigkeit“ heutiger Medien könne einem angst und bange werden. Da stimmt folgende Schlagzeile zuversichtlich: „Die Nation blickt inzwischen milde auf den einst unbeliebten Ex-Präsidenten, zumal sein Nachfolger Barack Obama den Krieg gegen den Terror mit den Mitteln fortführt, die ihm sein Vorgänger hinterließ.“

Das konnte man kürzlich in der „Süddeutschen Zeitung“ lesen und sich eigentlich nur wundern. Zur Eröffnung der neuen Gedenkbibliothek zu Ehren von George W. Bush haben sich nämlich seine drei noch lebenden Vorgänger sowie sein Nachfolger angemeldet. Der einst zum Buhmann der Nation hochstilisierte US-Präsident ab sofort eine Ikone?

Vom Buhmann zum Vorbild

Süddeutsche Zeitung Nr. 96, Donnerstag, 25. April 2013

Amerika ehrt George W. Bush mit einer großen Gedenkbibliothek.

Es gab auch vor Jahren schon politische Beobachter, die Obama nicht in den Himmel hoben und Bush jr. nicht in die Hölle verdammt. Vor allem historisch geschulte Zeitgenossen lassen sich von momentanen Stimmungen nicht so leicht beeinflussen. Sie erkennen, dass viele Äußerungen über Menschen und ihre Taten nach einem gewissen Zeitablauf anders beurteilt werden als aus der momentanen Gemütslage und geschürten Hass-Orgie heraus. Nicht selten wird ja politische Meinung oder Meinungsterror gezielt produziert. Mit der Wirklichkeit stimmt vieles nicht überein. Im Beitrag zur Zeitgeschichte des „Donauboten“ (24. November 2009) betonte der Autor, dass Barack Obama – auch wenn ihn alle für einen Friedensengel hielten – gar nicht anders könne als sein Amerika in Afghanistan vehement zu unterstützen. Tatsächlich vollzog Obama einen Bruch mit den hehren Versprechungen aus seiner Kandidaten-Zeit. Inzwischen hält er sogar den Drohnen-Krieg für legitim. Der verfrühte Friedensnobelpreis scheint ihm erst die Augen geöffnet zu haben. Jetzt muss er „Führer“ spielen. Wird er das auch bei seinem geplanten Besuch im Juni in Berlin tun? Was machen dann die „Friedensbewegten“?

Kann Amerika dem Weltfrieden dienen?

Eine isolationistische Außenpolitik klingt auf den ersten Blick verführerisch, verschiebt aber nur die Problemlösung und ist daher kontraproduktiv. Diese Meinung vertrat ein hoher US-Diplomat kürzlich auf dem sogenannten „Europa-Gipfel“ der niederbayerischen Europa-Union, also in einem Raum, der Jahrzehnte lang durch den Eisernen Vorhang in einen toten Winkel abgeschoben worden war. Vielmehr helfe die transatlantische Partnerschaft mit ihrem Potential für globale Verantwortung weit mehr als der Rückzug auf Nationales oder gar Fremdenfeindliches. Auch ein hoher China-Repräsentant meinte, europäische Krisen wirkten sich immer auch auf China aus, auf Arbeitsplätze und Export, sie sollten daher lieber gemeinsam und global angepackt werden. Der russische Repräsentant wiederum betonte, sein Land habe durch den Beitritt zur Welthandelsunion WTO zusätzliche Chancen bekommen und pflege gerne enge Beziehungen zur EU und zu deren einzelnen Mitgliedstaaten. Außenminister Lawrow vertrete gar die Ansicht, Russland und die EU seien voneinander abhängig.

US-Präsident Obama weiß inzwischen, dass Friedens-Schalmeien alleine nicht weiter helfen. Natürlich können sich die USA nicht ständig neue Kriege leisten, können nicht überall den Weltpolizisten spielen, können nicht Afghanistan, Irak oder Syrien gleichzeitig stemmen. Doch man macht den Amerikanern umgekehrt immer wieder Vorwürfe, wenn sie nicht eingreifen, wenn sie abseits stehen oder sich gleichgültig verhalten. Von Russland, China oder der EU erwartet niemand größere Truppen-Kontingente in fernen Ländern. Doch Washington muss immer wieder abwägen, wie weit es seiner Verantwortung für den Weltfrieden gerecht werden kann. Das weiß auch die deutsche Medien-Welt. Sie fällt über Obama nicht ähnlich so vehement her wie einst über George W. Bush. Wiederholt sich da die Geschichte? Wurde Bush so gehasst, weil er aus Texas stammte und Republikaner war, wie einst Ronald Reagan, der ehemalige Western-Held? Weil die vornehme Ostküste der USA auf die Westler so herabblickt wie der Norden Deutschlands auf den Süden? Und dieser Norden sich inzwischen ärgert, dass der Süden wirtschaftlich und fußballerisch weit erfolgreicher agiert? Ist der „Rudeljournalismus“, den der STERN kürzlich wegen der „Affären Wulff und Hoeneß“ ausfindig gemacht hat, eine verkappte Aktion der Hilflosigkeit?

EU-Verteidigungspolitik kein Ersatz für USA-Stärke

Obwohl es schon in den 1980er und vor allem in den 1990er Jahren Ansätze zu einer großen europäischen Verteidigungspolitik gegeben hat, mit der deutsch-französischen Brigade, mit dem Eurokorps oder mit dem politischen Ziel einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) unter Führung von Ex-Nato-Generalsekretär Xavier Solana, scheint Jahre später alles gescheitert zu sein. Der nationale Egoismus lässt auf keine Souveränitätsrechte verzichten, der nationale Kleingeist bietet keine Chance, einen substantiellen Beitrag zu großen militärischen Verpflichtungen zu erbringen. Die EU dümpelt vor sich hin. Staaten wie Österreich oder Belgien stellen zwar einige Friedenssoldaten, aber sonst führen sie keine nationalen Debatten über einen Beitrag zur gesamteuropäischen Sicherheit. Und Deutschland? Nur wenige Abgeordnete drängen auf jährliche parlamentarische Groß-Debatten zur Sicherheitslage. Denn einerseits ist ja alles so schön friedlich, so pazifistisch erfolgreich, und andererseits hat man zur Not die NATO und vor allem Washington. Mindestlöhne oder die Abschaffung des Zölibats in der katholischen Kirche bringen mehr Menschen auf die Beine –

und Journalisten zur bekennenden Feder – als zukunftssichere Aktionen für die eigene Lage, nach innen und nach außen.

Vor fast 100 Jahren begann der 1. Weltkrieg. Jahrzehnte lang hatte man sich vorher in Deutschland sicher gefühlt – aber auch isolationistisch aufgerüstet. Dann bemerkte man plötzlich eine Einkreisungspolitik und eine hoffnungslose Situation. Eine gemeinsame Vorstellung von Sicherheitspolitik war höchstens in seltsamen, weil konträren Bündnissen erwachsen. „Geschichte wiederholt sich?“. Könnte eine wohlverstandene Pressefreiheit nicht jene an den Pranger stellen, die Zukunftschancen verschlafen? Parteien übergreifend? Alle Steuerhinterzieher sollen ihre juristische Strafe bekommen. Alle Träumer in den Parlamenten aber müssen rechtzeitig journalistisch und politisch aufgerüttelt werden. Da darf es ruhig einen „Rudeljournalismus“ geben.

Der Autor ist erreichbar unter mail@drklausrose.de.